



**Das Französische Gelbbuch von 1914  
[neunzehnhundertvierzehn]**

**Wegerer, Alfred von**

**Berlin, 1927**

II. Abschnitt Vorbesprechungen Vom Tode des Erzherzog-Thronfolgers (28. Juni 1914) bis zur Überreichung der österreichischen Note an Serbien (23. Juli 1914)

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74580](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74580)

---

II. Abschnitt

Vorspiel

Vom Tode des Erzherzog-Thronfolgers

(28. Juni 1914)

bis zur Überreichung der österreichischen Note  
an Serbien

(23. Juli 1914)

---

Nr. 7

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des  
Außern*

Wien, den 28. Juni 1914

Soeben gelangt die Nachricht nach Wien, daß der österreichische Erzherzog-Thronfolger und seine Gemahlin heute in Serajewo von einem Studenten, der aus Grahovo stammt, ermordet worden sind. Kurz vor dem Anschläge, dem sie zum Opfer fielen, sind sie noch einem Bombenattentat entgangen, durch das mehrere Offiziere ihres Gefolges verwundet wurden.

Dumaine

Nr. 7a

*Herr Blondel, französischer Gesandter in Bukarest,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des  
Auswärtigen\**

Bukarest, den 29. Juni 1914

Die Abendblätter beschäftigen sich mit der Haltung, die die österreichischen amtlichen Stellen gegenüber der slawischen Bevölkerung ein-

---

\* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Les Affaires balkaniques“, Tome III, unter Nr. 238.

nehmen werden, die man ohne Zweifel als verantwortlich für das von zwei serbischen Individuen begangene Verbrechen hinstellen wird. Sie fürchten, daß die Regierung den Aufreizungen keinen Widerstand leisten könne, die durch diejenigen hervorgerufen werden, die das serbische Element, unter welcher Form es auch hervortritt, mit ihrem Haß verfolgen. Schon meldet der Telegraph schwere Unruhen in Sarajevo und in anderen Städten Bosniens, in deren Verlauf Serben mißhandelt und Wohnungen der Serben geplündert sein sollen.

Wenn, sagen die Zeitungen, die diese Nachrichten veröffentlichen, die österreichische Regierung nicht schnellstens diesen Kundgebungen Einhalt gebietet, kann sich die Agitation ausbreiten und die Folgen können unberechenbar werden.

Mein serbischer Kollege steht sehr unter dem Eindruck der Situation, die nach seiner Ansicht die Ermordung des Erzherzogs zwischen Österreich und seinem Land geschaffen hat. Österreich, sagte er mir heute morgen, hat nicht gezögert, Serbien Freveltaten zuzuschreiben, an denen es unschuldig war; es wird heute nicht zaudern, es für ein Verbrechen verantwortlich zu machen, das nur ein Werk von Tollen oder von Verzweifelten sein kann, die man mehr als Verräter an der serbischen Sache wie als Verteidiger ansehen müsse. Der Zwischenfall Prochaska und der Prozeß von Agram sind leider Präzedenzfälle, die diese Befürchtungen rechtfertigen.

Blondel

Nr. 8

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des  
Äußern*

Wien, den 2. Juli 1914

Das Verbrechen von Sarajevo erregt in den österreichischen militärischen Kreisen und bei allen denen den tiefsten Groll, die Serbien nicht die Stellung lassen wollen, die es sich auf dem Balkan erworben hat.

Die Untersuchung über die Entstehung des Attentats, die man von der Regierung zu Belgrad unter Bedingungen fordern möchte, die mit ihrer Würde unvereinbar wären, würde im Falle einer Weigerung den Grund zu einer militärischen Aktion geben können.

Dumaine

Nr. 9

*Herr de Manneville, französischer Geschäftsträger in Berlin,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des  
Äußern*

Berlin, den 4. Juli 1914

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts teilte mir gestern mit, und wiederholte es heute dem russischen Botschafter, er hoffe, daß Serbien

den Forderungen entsprechen werde, die Österreich zur Ermittlung der Mitschuldigen des Verbrechens von Sarajevo und zu ihrer Verfolgung stellen könnte. Er fügte hinzu, er vertraue darauf, weil Serbien, wenn es anders handle, die Meinung der ganzen zivilisierten Welt gegen sich hätte.

Die deutsche Regierung scheint also die Besorgnisse, die in einem Teile der deutschen Presse über die Möglichkeit einer Spannung zwischen den Regierungen in Wien und Belgrad sich zeigen, nicht zu teilen, oder sie will es sich wenigstens nicht merken lassen.

de Manneville

Nr. 10

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg,  
an den Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen,  
Herrn René Viviani*

Petersburg, den 6. Juli 1914

Im Verlaufe einer Unterhaltung, die Herr Sasonow mit dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger hatte, hat er diesen Diplomaten in freundschaftlicher Weise auf die beunruhigende Erregung aufmerksam gemacht, die die Angriffe der österreichischen Presse gegen Serbien in seinem Lande hervorzurufen drohen.

Als Graf Czernin merken ließ, daß die österreichisch-ungarische Regierung vielleicht genötigt sein würde, auf dem serbischen Gebiete nach den Anstiftern des Attentats von Sarajevo zu fahnden, unterbrach ihn Herr Sasonow. „Kein Land,“ sagte er, „hat mehr als Rußland unter Attentaten gelitten, die auf fremdem Gebiet vorbereitet wurden. Haben wir uns je angemaßt, gegen irgendein Land ein Verfahren einzuschlagen, wie es Ihre Presse Serbien gegenüber androht? Begeben Sie sich nicht auf diesen Weg.“

Möge diese Warnung nicht vergeblich sein.

Paléologue

Nr. 10a

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des  
Auswärtigen\**

London, den 8. Juli 1914

Sir E. Grey sagte mir, daß er aus Anlaß der serbischen Umtriebe in Bosnien eine österreichische Démarche in Belgrad befürchte. Ich ent-

\* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Les Affaires balkaniques“, Tome III, unter Nr. 239.

gegnete ihm, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht geneigt scheine, die Belgrader Regierung für die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers verantwortlich zu machen. Sir E. Grey ist davon überzeugt, aber er fügte hinzu, daß die öffentliche Meinung in Wien derart erregt sei, daß, um ihr Genugtuung zu geben, Graf Berchtold wahrscheinlich gezwungen sein würde, Ermahnungen an die serbische Regierung zu richten, daß eine derartige Démarche jedenfalls Empfindlichkeiten in Serbien und rückwirkend in Rußland wachrufen würde. Diese Situation gibt ihm keinen Anlaß zur Beunruhigung. Paul Cambon

Nr. 10b

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des  
Auswärtigen\**

Wien, den 8. Juli 1914

Nach meinem russischen Kollegen, der viel ruhiger ist, als ich erwartete, wird die österreichisch-ungarische Regierung dem Druck der Militärpartei, die Serbien eine gerichtliche Untersuchung der Ursachen des Verbrechens von Bosna-Serai auferlegen möchte, nicht nachgeben; der Einfluß des alten Kaisers wird ohne Zweifel jede Absicht einer androhenden Démarche verhindern. Wenn Unvorsichtigkeit und Fahrlässigkeit vorhanden waren, so sind es die amtlichen Stellen in Bosnien, die in erster Linie verantwortlich sind. Man sieht sich genötigt, das zuzugeben.

Die Rückkehr des österreichischen Gesandten nach Belgrad und die Wiederaufnahme der Diskussionen über die Frage der orientalischen Eisenbahn, sind Symptome der Beruhigung.

Was die fortdauernden Straßendemonstrationen anbetrifft, so gehen sie vor allem von Deutsch-Böhmen aus, die der Eröffnung von tschechischen Schulen in Wien feindlich gegenüberstehen. Dumaine

Nr. 10c

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen,  
an den französischen Botschafter in London, Herrn Paul Cambon\*\**

Paris, den 9. Juli 1914

Der russische Botschafter in Wien hat durchaus die Empfindung, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht dem Druck der Militärpartei

\* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Les Affaires balkaniques“, Tome III, unter Nr. 240.

\*\* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Les Affaires balkaniques“, Tome III, unter Nr. 241.

nachgeben wird, die Serbien eine gerichtliche Untersuchung der Ursachen des Attentats von Sarajevo auferlegen wollte; man ist in Wien überzeugt, daß die Fahrlässigkeit der bosnischen Behörden zum Teil verantwortlich ist. Die Rückkehr des österreichischen Gesandten nach Belgrad und die Wiederaufnahme der Diskussion über die Frage der orientalischen Eisenbahn sind ebenfalls Anzeichen der Beruhigung.

René Viviani

Nr. 10d

*Herr Thiebault, französischer Gesandter in Stockholm,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des  
Außern*

(Telegrammauszug)\*

Stockholm, den 10. Juli 1914

„Ein Wort der Beruhigung, das der Präsident der Republik, bei seinem Aufenthalt in Stockholm auf der Rückreise von Petersburg, Schweden vom Zaren mitteilen würde, könnte es in Sicherheit wiegen über die Absichten Rußlands und es wieder zu einer gerechteren Beurteilung seiner nationalen Interessen zurückführen. Die russische Regierung hat bereits ihre Zustimmung zu dieser Anregung erteilt. Je ausdrücklicher in dieser Hinsicht die Versicherungen sein werden, die der Präsident während seines Aufenthaltes empfangen wird, und derart die schwedische Regierung zufriedenzustellen, um so mehr wird man Grund zur Hoffnung auf eine Entspannung zwischen beiden Ländern haben, die gestatten würde, die gefährlichen Reibungen zu vermeiden. Unsere Allianz würde so eine notwendige Aktionsfreiheit wiedergewinnen und naturgemäß die Bemühungen derjenigen entmutigen, die versuchen möchten, den allgemeinen Frieden zu stören.“

Thiebault

Nr. 11

*Herr d'Apchier le Maugin, französ. Generalkonsul in Budapest,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des  
Außern*

Budapest, den 11. Juli 1914

Auf eine Interpellation in der Kammer über den Stand der österreichisch-serbischen Frage erklärte Herr Tisza, daß vor allem das Ergebnis

\* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht bei E. Bourgeois et G. Pagès: *Les Origines et les Responsabilités de la grande Guerre*, Librairie Hachette, Paris 1922, S. 7. (Deutsche Ausgabe bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin.)

der gerichtlichen Untersuchung, über die er sich weigerte, zur Stunde irgendwelchen Aufschluß zu geben, abgewartet werden müsse. Die Kammer hat ihm ganz zugestimmt. Er zeigte sich ebenso zurückhaltend über die bei der Ministerzusammenkunft in Wien gefaßten Beschlüsse, und ließ nicht erkennen, ob dem Plan eines Schrittes in Belgrad, von der die Blätter der ganzen Welt sprechen, Folge gegeben werde oder nicht. Die Kammer hat abermals zugestimmt.

Was den erwähnten Schritt betrifft, so scheint eine Parole ausgegeben worden zu sein, um dessen Tragweite abzuschwächen: der ungarische Zorn ist in den heftigen Zeitungsartikeln, die jetzt einstimmig von dem Schritte als gefährlich abraten, gleichsam verpufft. Die halbamtlichen Zeitungen besonders wünschen, daß an Stelle des bedrohlich klingenden Wortes „Schritt“ („démarche“) der ihrer Ansicht nach freundlichere und höflichere Ausdruck „Besprechungen“ („Pourparlers“) trete. So sieht augenblicklich amtlich alles nach Frieden aus.

Nach Frieden sieht in den Zeitungen alles aus; aber die Mehrheit der Bevölkerung glaubt hier an den Krieg und fürchtet ihn. Übrigens haben mir Leute, in die ich mit Recht volles Vertrauen setze, versichert, daß täglich Kanonen und Munition massenhaft nach der Grenze abgehen. Dieses Gerücht ist mir, mag es nun wahr sein oder nicht, mit übereinstimmenden Einzelheiten von verschiedenen Seiten zugetragen worden. Jedenfalls zeigt es, welcher Art die allgemeinen Besorgnisse sind. Die Regierung, mag sie aufrichtig den Frieden wünschen, oder mag sie einen Streich vorbereiten, tut jetzt ihr Möglichstes, um diese Besorgnisse zu beschwichtigen. Deshalb haben auch die Blätter, die der Regierung nahe stehen, ihren Ton allmählich erst um eine Note, dann um zwei Noten herabgestimmt, so daß sie jetzt beinahe optimistisch sind. Sie selbst aber hatten nach Lust und Gutfinden Alarmnachrichten verbreitet. Ihr bestellter Optimismus findet gegenwärtig keinen Widerhall. Die Nervosität der Börse, ein nicht zu vernachlässigender Barometer, liefert hierfür einen sichern Beweis: die Wertpapiere sind ohne Ausnahme unglaublich gefallen; die ungarische 4 % Rente notierte gestern 79,95, ein Kurs, wie er seit der ersten Emission nie verzeichnet worden ist.

d'Apchier le Maugin

Nr. 12

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsident und Minister des  
Außern*

Wien, den 15. Juli 1914

Gewisse Wiener Zeitungen erklären in der Besprechung der militärischen Organisation Frankreichs und Rußlands diese beiden Staaten

außerstande in den europäischen Angelegenheiten ein Wort mitzureden; das würde es der von Deutschland unterstützten Doppelmonarchie angenehm leicht machen, Serbien die ihr gutdünkende Behandlung angedeihen zu lassen. Die „Militärische Rundschau“ gesteht es ohne Umschweife zu: „Der Augenblick ist uns noch günstig. Wenn wir uns jetzt nicht für den Krieg entscheiden, wird der Krieg, den wir in spätestens zwei oder drei Jahren führen müssen, unter viel weniger günstigen Umständen begonnen werden. Gegenwärtig liegt die Initiative in unserer Hand: Rußland ist nicht bereit; die moralischen Faktoren und das gute Recht sind auf unserer Seite, ebenso die Kraft. Da wir doch eines Tages den Kampf werden annehmen müssen, so wollen wir ihn sogleich herbeiführen. Unser Ansehen, unsere Großmachtstellung, unsere Ehre stehen auf dem Spiele. Ja, noch mehr, denn wahrscheinlich würde es sich um unsere Existenz, um Sein oder Nichtsein handeln. Das ist heute die große Frage.“

Indem sie sich selbst überbietet, greift die „Neue Freie Presse“ von heute den Grafen Tisza wegen der Mäßigung seiner zweiten Rede an, in der er gesagt hat: „Unsere Beziehungen zu Serbien müßten geklärt werden.“ Diese Worte erregen ihre Entrüstung. Für sie kann Beruhigung und Sicherheit sich nur aus einem Kriege bis aufs Messer gegen den Panserbismus erheben, und im Namen der Menschheit fordert sie die Ausrottung der verruchten serbischen Rasse.

Dumaine

Nr. 13

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des  
Außern*

Wien, den 19. Juli 1914

Der Konsulatskanzler, der mir seinen Halbjahrsbericht überreichte, in dem er die verschiedenen Erscheinungen wirtschaftlicher Natur, die seit Jahresbeginn den Gegenstand seiner Studien bildeten, zusammengestellt hat, fügt ihm einen politischen Teil bei, der aus ernster Quelle stammt.

Ich habe ihn ersucht, kurz die von ihm gesammelten Erkundigungen über die nächster Tage erwartete Übergabe der österreichischen Note an Serbien zusammenzustellen, die die Zeitungen seit einigen Tagen beharrlich ankündigen.

Sie finden in der Anlage diese Zusammenstellung, die wegen ihrer Genauigkeit beachtenswert ist.

Dumaine

31

*(Auszug aus einem Konsularbericht über die wirtschaftliche und politische Lage in Österreich)*

Wien, den 20. Juli 1914

Aus Mitteilungen einer Persönlichkeit, die über die öffentlichen Angelegenheiten außerordentlich gut auf dem Laufenden ist, erhellt, daß die französische Regierung falsch handeln würde, wollte sie den optimistischen Ausstreuungen irgendwelchen Wert beimessen: man wird viel von Serbien verlangen, man wird ihm die Auflösung mehrerer Propagandagesellschaften auferlegen, man wird von ihm die Unterdrückung des Nationalismus, die Grenzüberwachung in Zusammenarbeit mit österreichischen Kommissaren, Polizeimaßnahmen gegen die Schulen hinsichtlich des antiösterreichischen Geistes verlangen, und sehr schwer wird eine Regierung darin einwilligen, in dieser Weise den Gendarmen einer auswärtigen Regierung zu machen. Man rechnet mit Ausflüchten, durch die Serbien zweifellos sich einer klaren und direkten Antwort wird entziehen wollen; man wird ihm daher wahrscheinlich eine kurze Frist stellen, sich zu erklären, ob es annimmt oder nicht. Der Ton der Note und ihre imperative Form\* geben die beinahe sichere Bürgschaft, daß Belgrad ablehnen wird. Dann wird man militärisch vorgehen.

Hier sowohl als in Berlin gibt es gewisse Kreise, die sich mit dem Gedanken eines großen Konfliktes befreundet haben, mit anderen Worten also mit einem Weltbrande. Der leitende Gedanke ist allem Anscheine nach der, daß man losschlagen müsse, bevor Rußland mit der Vervollkommnung seiner Heereseinrichtungen und dem Ausbau seiner Eisenbahnen zu Ende sei und bevor Frankreich seine militärische Organisation durchgeführt habe. Aber hier besteht in den höheren Kreisen keine einheitliche Meinung darüber. Graf Berchtold und die Diplomaten möchten sich auf eine Operation gegen Serbien beschränken. Indes muß jede Möglichkeit ins Auge gefaßt werden. Man macht auf eine eigentümliche Tatsache aufmerksam: Die amtliche Telegraphenagentur pflegt gewöhnlich in ihrer Übersicht und Inhaltsangabe der ausländischen Presse nur die halbamtlichen Zeitungen und die hervorragendsten Blätter anzuführen und berücksichtigt oder erwähnt die anderen gar nicht. Dies ist hier eine Regel, eine Überlieferung. Seit etwa zehn Tagen nun liefert dieselbe amtliche Agentur den österreichischen Zeitungen eine vollständige Übersicht über die gesamte serbische Presse, wobei sie auch die unbekanntesten, kleinsten und unbedeutendsten, die gerade deshalb eine freiere, kühnere, aggressivere und oft beleidigende Sprache führen, in großem Maße berücksichtigt.

\* Dieser Konsularbericht zeigt, vorausgesetzt, daß er echt ist, daß man auf Seiten der Entente sehr gut über den wahrscheinlichen Inhalt der bevorstehenden österreichischen Note an Serbien unterrichtet war.

Dieses Vorgehen der amtlichen Agentur verfolgt sichtlich den Zweck, das öffentliche Empfinden aufzustacheln und eine dem Kriege günstige Stimmung zu schaffen. Diese Tatsache ist bezeichnend.

Nr. 15

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern\**

Berlin, den 21. Juli 1914

Es kommt mir zu Ohren, daß der serbische Vertreter in Berlin gestern in der Wilhelmstraße einen Schritt unternommen hat\*\*, um zu erklären, daß seine Regierung bereit wäre, dem mit dem Attentat von Sarajevo begründeten Ansuchen Österreichs zu entsprechen, vorausgesetzt, daß es nur gerichtliche Schritte zur Unterdrückung und Verhütung politischer Attentate verlange. Er sei aber beauftragt, die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß es gefährlich wäre, danach zu trachten, durch die begehrte Untersuchung das Ansehen Serbiens zu untergraben.

Ich kann Euer Exzellenz im Vertrauen noch mitteilen, daß der russische Geschäftsträger bei dem heutigen diplomatischen Empfange Herrn von Jagow von dieser Sache gesprochen hat. Er sagte ihm, er vermute, die deutsche Regierung kenne zur Stunde die von Österreich vorbereitete Note genau und sei daher imstande, die Versicherung abzugeben, daß die österreichisch-serbischen Schwierigkeiten lokalisiert werden würden. Der Staatssekretär beteuerte, daß ihm der Inhalt der Note ganz unbekannt sei und sprach sich mir gegenüber in dem gleichen Sinne aus. Ich habe über eine Erklärung nur staunen müssen, die so wenig mit dem übereinstimmte, was die Umstände uns vermuten lassen.

Man hat mir übrigens versichert, daß Vorankündigungen der Mobilisation, die Deutschland, solange eine Spannung anhält, in eine Art Vorbereitung versetzen, hier sogleich an alle Klassen, die sie in solchen Fällen erhalten müssen, bereits ergangen sind. Es ist dies eine Maßregel, zu der die Deutschen, ihrer Gewohnheit gemäß, greifen können, ohne Indiskretionen befürchten zu müssen und ohne die Bevölkerung dadurch aufzuregen: Sie hat nicht einen sensationellen Charakter und es folgt ihr auch nicht notwendigerweise die wirkliche Mobilisation, wie wir es schon gesehen haben; sie ist aber nichtsdestoweniger bedeutungsvoll\*\*\*.

Jules Cambon

\* Nach einer Aussage des Kriegsministers Messimy soll dieses Telegramm erst am Abend des 23. Juli oder am Morgen des 24. Juli am Quai d'Orsay angekommen sein. Ein handschriftlicher Auszug von Bienvenu-Martin wurde dem Kriegsministerium am 28. Juli zugestellt. (Raymond Recouly: Les Heures tragiques d'Avant-Guerre, La Renaissance du Livre, Paris 1922, S. 71 f.)

\*\* Vgl. hierzu: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, herausgegeben im Auftrage des Auswärtigen Amtes von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin Nr. 86, 91 und 95.

\*\*\* Diese unrichtige Meldung Jules Cambons geht zurück auf ein Gerücht, das dem

Nr. 15a

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,  
an die französischen Botschafter in Berlin, London, St. Petersburg,  
Rom und Wien*

(Telegrammauszug\*)

Paris, den 21. Juli 1914

Der italienische Geschäftsträger verständigte mich über die auf Einladung des Kaisers erfolgende Reise des Königs von Italien nach Deutschland im Monat September. Er bemerkte mir gegenüber, daß diese Reise keinen politischen Charakter trage und daß der König von keinem Minister begleitet sein werde. Diese Mitteilung ist der französischen Regierung vertraulich gemacht worden, um ungenaue Kommentare und Pressepolemiken zu vermeiden.

Nr. 16

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,  
nach London, St. Petersburg, Wien und Rom*

Paris, den 21. Juli 1914

Ich mache Sie besonders auf die Nachrichten aufmerksam, die ich von Berlin erhalte: der französische Botschafter meldet die außerordentliche Schwäche der gestrigen Berliner Börse und schreibt dies den Besorgnissen zu, die die serbische Frage zu erregen beginnt.

Herr Jules Cambon hat sehr ernste Gründe zu der Annahme, Deutschland werde, wenn Österreich den nach dem Attentate von Sarajevo für nötig erachteten Schritt in Belgrad unternimmt, den Bundesgenossen mit seinem ganzen Ansehen unterstützen, ohne zu versuchen, die Vermittlerrolle zu spielen.

Bienvenu-Martin

französischen Marineattaché von seinem englischen Kollegen übermittelt und auch dem russischen Geschäftsträger Bronewski mitgeteilt wurde. (Vergleiche dazu den Bericht Bronewskis vom 9./22. Juli 1914: Das Russische Orangebuch von 1914, ergänzt durch die inzwischen bekanntgewordenen neuen Dokumente, herausgegeben von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin, Nr. 6.)

Die unrichtige Meldung des französischen Botschafters, die auch einen der Anklagepunkte des Rapport der Ententekommission vom 29. März 1914 bildete, ist eingehend widerlegt worden von Alfred von Wegerer in seiner Arbeit: „Ein Irrtum der Entente-Kommission“, im Septemberheft 1923 der Monatsschrift: „Die Kriegsschuldfrage“, Vgl. Anhang II Seite 205.

\* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 50.

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,  
an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Wien  
und Rom*

Paris, den 22. Juli 1914

Herr Jules Cambon, der sich bei Herrn von Jagow über den Inhalt der österreichischen Note an Belgrad erkundigte, erhielt von ihm die Antwort, daß ihm deren Wortlaut gänzlich unbekannt sei. Unser Botschafter hat seine große Überraschung hierüber geäußert. Er stellt fest, daß die Baisse an der Berliner Börse anhält und pessimistische Nachrichten umlaufen.

Herr Barrère hat die gleiche Frage an den Marquis di San Giuliano gerichtet\*, der sich darüber besorgt zeigt und versichert, er wirke in Wien dahin, daß von Serbien nur realisierbare Dinge gefordert werden, wie z. B. die Auflösung des bosnischen Klubs, und nicht eine gerichtliche Untersuchung über die Ursachen des Attentates zu Sarajevo.

Unter den jetzigen Umständen ist die günstigste Vermutung, der man sich hingeben kann, die, daß die Wiener Regierung unter dem Drucke der Presse und der Militärpartei von Serbien durch vorläufige, direkte oder indirekte Einschüchterung das Maximum an Zugeständnissen zu erlangen sucht und sich dabei auf Deutschland stützt.

Ich habe den französischen Botschafter in Wien gebeten\*, seinen ganzen Einfluß bei dem Grafen Berchtold aufzubieten und ihn in freundschaftlichem Tone darauf aufmerksam zu machen, wie sehr eine Mäßigung der österreichischen Regierung von Europa geschätzt würde, und welche Folgen ein brutaler Druck auf Serbien haben könnte.

Bienvenu-Martin

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Wien, den 22. Juli 1914\*\*

Man weiß noch nicht, welche Entscheidungen Graf Berchtold, der seinen Aufenthalt in Ischl verlängert, von dem Kaiser zu erlangen sucht. Man schrieb der Regierung die Absicht zu, mit der größten Strenge gegen Serbien vorzugehen, damit ein für allemal aufzuräumen, es „wie ein zweites Polen zu behandeln“. Acht Armeekorps sollen bereit sein, ins Feld zu

\* Die entsprechenden Telegramme fehlen im französischen Gelbbuch von 1914.

\*\* Dieses Telegramm ist in Wien am 22. Juli, 4 Uhr 30 aufgegeben worden. (Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 127.)

rücken; Herr Tisza jedoch, dem die Agitation in Kroatien Besorgnis einflößt, hätte energisch interveniert.

Auf alle Fälle glaubt man, daß der Schritt in Belgrad diese Woche erfolgen wird. Die Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung hinsichtlich der Bestrafung des Attentats und bestimmter Garantien für Überwachung und Polizei scheinen für die Würde der Serben annehmbar; Herr Jovanowitsch glaubt, daß sie angenommen werden. Herr Pasitsch wünscht ein friedliches Arrangement, erklärt sich aber zu jedem Widerstand vorbereitet. Er hat Vertrauen auf die Stärke der serbischen Armee, er rechnet außerdem darauf, daß alle Slawen der Monarchie vereint darauf hinwirken werden, den Schlag gegen sein Land unwirksam zu machen.

Außer im Fall einer völligen Verblendung müßte man hier einsehen, daß ein Gewaltstreich die größten Aussichten bietet, sowohl den österreichisch-ungarischen Truppen als auch dem schon so gefährdeten Zusammenhalt der von dem Kaiser beherrschten Nationalitäten verderblich zu werden.

Der deutsche Botschafter, Herr von Tschirschky, zeigt sich als Anhänger auf Gewalt abzielender Beschlüsse, wobei er jedoch gern durchblicken läßt, daß die Reichskanzlei nicht so ganz mit ihm in diesem Punkt einverstanden sei. Der russische Botschafter, der gestern auf Grund der ihm vom Minister des Auswärtigen gegebenen beruhigenden Versicherungen aufs Land gereist ist, hat mir anvertraut, daß seine Regierung gegen Schritte betr. die Bestrafung der Schuldigen und die Auflösung der offenkundig revolutionären Vereine nichts einwenden wird, daß sie aber keine Forderungen zulassen könnte, die für das serbische Nationalgefühl demütigend sein würden.

Dumaine

Nr. 19

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an den stellvertretenden Minister des Auswärtigen, Herrn Bienvenu-  
Martin*

London, den 22. Juli 1914

Ew. Exzellenz haben die Liebenswürdigkeit gehabt, mir die Eindrücke mitzuteilen, die unser Botschafter in Berlin hinsichtlich der Folgen des Schrittes empfangen hat, den die österreichisch-ungarische Regierung in Belgrad zu tun sich anschickt.

Diese Eindrücke sind mir durch eine Unterredung bestätigt worden, die ich gestern mit dem leitenden Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten gehabt habe. Sir E. Grey sagte mir, er habe den Besuch des deutschen Botschafters empfangen, der ihm erklärt hat, daß man in

Berlin auf einen Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung bei der serbischen Regierung vorbereitet sei. Fürst Lichnowsky hat versichert, daß die deutsche Regierung sich bemühe, das Wiener Kabinett zurückzuhalten und zu mäßigen, daß es ihr aber bis jetzt nicht gelungen sei und daß sie nicht ohne Besorgnisse über die Folgen eines solchen Schrittes ist. Sir E. Grey antwortete dem Fürsten Lichnowsky, daß er wohl annehmen dürfe, daß sich die österreichisch-ungarische Regierung, bevor sie in Belgrad interveniere, über die Umstände des Komplottes, dem der Erzherzog-Thronfolger und die Herzogin von Hohenberg zum Opfer fielen, wohl unterrichtet und sich auch darüber vergewissert habe, daß die serbische Regierung davon Kenntnis hatte und nicht alles getan habe, was an ihr lag, um seine Ausführung zu verhindern. Denn wenn nicht der Beweis erbracht werden könne, daß die serbische Regierung bis zu einem gewissen Grade auch verantwortlich sei, so würde die Intervention der österreichisch-ungarischen Regierung sich nicht rechtfertigen lassen, und die europäische Meinung würde sich gegen sie wenden.

Die Mitteilung des Fürsten Lichnowsky hatte bei Sir E. Grey besorgniserregenden Eindruck hinterlassen, den er mir nicht verhehlte. Den gleichen Eindruck habe der italienische Botschafter, der ebenfalls die Möglichkeit einer neuen Spannung in den österreichisch-serbischen Beziehungen fürchtet.

Heute morgen erhielt ich den Besuch des serbischen Gesandten, der die Besorgnisse des Sir E. Grey ebenfalls teilt. Er fürchtet, Österreich werde die serbische Regierung vor Forderungen stellen, deren Annahme ohne Protest ihre Würde und besonders die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung nicht gestatten würde. Als ich ihm die Ruhe entgegenhielt, die in Wien herrsche, und die von allen dort akkreditierten Botschaftern bestätigt werde, antwortete er mir, diese offizielle Ruhe sei nur scheinbar und verberge äußerst feindliche Absichten gegen Serbien. Wenn nun, fügte er weiter hinzu, diese Absichten sich in einem Schritte äußerten, der über das wünschenswerte Maß hinausginge, so würde man mit der serbischen öffentlichen Stimmung rechnen müssen, die durch schlechte Behandlung Serbiens durch Österreich überreizt sei und durch die noch frische Erinnerung an zwei siegreiche Kriege nicht duldsamer geworden sei. Trotz der Opfer, die Serbien seine letzten Siege gekostet haben, vermag es immer noch 400000 Mann aufzustellen, und die öffentliche Meinung, die das weiß, ist nicht geneigt, eine Demütigung hinzunehmen.

Sir E. Grey ersuchte in seiner Unterredung den österreichisch-ungarischen Botschafter, seiner Regierung zu empfehlen, zur Vermeidung neuer Verwicklungen die nötige und vorsichtige Mäßigung nicht außer acht zu lassen, von Serbien nur die Maßnahmen zu verlangen, zu denen es sich vernünftigerweise verstehen könne, und sich nicht hinreißen zu lassen, über dieses Maß hinauszugehen.

Paul Cambon

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,  
nach London, Berlin, St. Petersburg und Rom.*

Paris, den 23. Juli 1914

Nach den durch den französischen Botschafter in Wien eingezogenen Nachrichten lag es ursprünglich in der Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung, mit der größten Strenge gegen Serbien vorzugehen; sie hält deshalb acht Armeekorps bereit ins Feld zu ziehen.

Die jetzigen Dispositionen sollen verträglicheren Charakter tragen: Herr Dumaine, den ich beauftragt habe, die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung auf die in Europa entstandene Unruhe zu lenken, erhielt auf seine Frage von dem Freiherrn Macchio die Versicherung, der Ton der österreichischen Note und die darin gestellten Forderungen ließen auf eine friedliche Lösung rechnen. Ich weiß nicht, wie weit man diesen Versicherungen Glauben beimessen kann, wenn man die Gepflogenheiten der kaiserlichen Kanzlei in Betracht zieht.

Jedenfalls wird die österreichische Note in kürzester Frist übergeben werden. Der serbische Gesandte glaubt, Herr Pasitsch werde, aus Wunsch nach einer Verständigung, die auf die Bestrafung des Attentats und die Garantien für die Überwachung und die Polizei abzielenden Forderungen annehmen, aber alles zurückweisen, was die Souveränität und die Würde des Landes antasten würde.

In den diplomatischen Kreisen Wiens redet der deutsche Botschafter Gewaltmaßregeln das Wort, wobei er immerhin zugibt, daß die Reichskanzlei in diesem Punkte vielleicht nicht ganz mit ihm einig gehe. Der russische Botschafter ist im Vertrauen auf die ihm gemachten Zusicherungen von Wien abgereist und hat vor seiner Abreise Herrn Dumaine anvertraut, daß seine Regierung gegen die Bestrafung der Schuldigen und gegen die Auflösung der revolutionären Vereine keine Einwendungen erheben werde, daß sie aber Forderungen, die für das Nationalgefühl der Serben demütigend wären, nicht dulden könnte. Bienvenu-Martin

*Herr Allixé, französischer Gesandter in München,  
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

München, den 23. Juli 1914

Die bayrische Presse scheint zu glauben, daß eine friedliche Lösung des österreichisch-serbischen Zwischenfalles nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich ist. In den offiziellen Kreisen hingegen trägt man seit einiger Zeit mit mehr oder weniger Aufrichtigkeit einen wirklichen Pessimismus zur Schau.

Der Ministerpräsident insbesondere sagte mir heute, daß die österreichische Note, von der er Kenntnis erhalten habe\*, seiner Ansicht nach

\* Der bayerische Ministerpräsident, Graf Hertling, war durch den Bericht des bayerischen Geschäftsträgers in Berlin, von Schoen, vom 18. Juli 1914 (Deutsche Dokumente, a. a. O. Anhang IV, Nr. 2) über einige Hauptpunkte des österreichischen Ultimatums an Serbien unterrichtet worden. Als im Dezember 1914 die ersten Auszüge aus dem französischen Gelbbuch durch die Pariser Presse bekannt wurden, wandte sich der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenfeld, in nachstehendem Schreiben an den Grafen Hertling:

Berlin, den 9. Dezember 1914

Hochverehrtester Freund!

Das französische Gelbbuch liegt hier noch nicht vor. Die Zeitungen haben aber bereits Auszüge gebracht. Der des „Matin“ erwähnt eine Unterredung zwischen Euer Exzellenz und dem französischen Geschäftsträger, Herrn Allizé, die auch in deutschen Zeitungen gemeldet wird. Nach dem Matin-Auszug hätten Eure Exzellenz Herrn Allizé gesagt, daß Ihnen das österreichische Ultimatum bekannt sei. Nach dem „Berliner Tageblatt“ hätte Ihre Mitteilung gelautet, daß das Ultimatum Ihnen in seinen Hauptzügen bekannt sei und Sie die Lage für ernst hielten.

Ich lege die erwähnten Ausschnitte samt einem Ausschnitt aus der „Times“ in der Anlage vor.

Heute hat mich Graf Wedel auf die Sache angedreht und bemerkt, daß diese Zeitungsmeldungen hier großes Aufsehen erregt hätten. Das Auswärtige Amt habe allen Staaten und der Öffentlichkeit gegenüber immer daran festgehalten, daß ihm das österreichische Ultimatum vor seiner Überreichung in Belgrad nicht bekannt gewesen sei. Dieses Gebäude, das für die Stellung des Reiches den jetzigen Feinden gegenüber wichtig sei, würde durch die Äußerung Euer Exzellenz an Herrn Allizé, wenn sie unwiderlegt bliebe, umgestürzt.

Ich habe Graf Wedel erwidert, daß Euer Exzellenz das Ultimatum sicherlich nicht gekannt hätten. Wenn die Unterredung mit Herrn Allizé überhaupt stattgefunden hätte, was ich nicht wisse, so würden Eure Exzellenz diesem gewiß nur gesagt haben, daß Österreich, wie die Dinge liegen, ernste Garantien von Serbien verlangen müsse, und daß hiernach die Lage ernst sei.

Nun ist mir aus den Akten bekannt, daß Euer Exzellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers, Herrn von Schoen, vom 18. Juli ds. J. Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatusnote ersehen hatten. Schoen hat aber in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland behaupten werde, es sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden wie alle anderen Mächte. Dabei muß es selbstredend bleiben, und es muß daher auf alle Fälle bestritten werden, daß Euer Exzellenz den Inhalt des Ultimatums vor seiner Überreichung gekannt haben. Denn, wie der „Matin“ sagt, kann nicht angenommen werden, daß das, was man in München wußte, nicht in Berlin bekannt gewesen wäre... que le Gouvernement bavarois qui ne pouvait avoir de secret pour Berlin...

Ich erwarte nun den Befehl, was ich dem Grafen Wedel auf seine Anfrage antworten soll. Dem Ausland gegenüber muß, wie schon gesagt, auf alle Fälle alles bestritten werden. Was die Stellung gegenüber dem hiesigen Auswärtigen Amt betrifft, so dürfte hier in Betracht kommen, daß die österreichische Note in Belgrad am 23. Juli, also am selben Tage in Belgrad übergeben worden ist, an dem die angebliche Unterredung Euer Exzellenz mit Herrn Allizé stattgefunden haben soll. Ferner, daß schon vorher einiges aus der Note am Tage vor dem 23. in der Presse durchgesickert war. („Münchener Neueste Nachrichten“ vom 22. Juli, Vorblatt Nr. 370, S. 1 „Vor einer neuen Krisis“.) Es wird in diesem Artikel von der Unterdrückung der verbrecherischen Propaganda in Serbien gesprochen. Die Lage war also ernst und es muß verständlich sein, wenn Euer Exzellenz den französischen Geschäftsträger darauf aufmerksam gemacht haben. Es

in einer für Serbien annehmbaren Form abgefaßt sei, daß ihm aber die gegenwärtige Lage nichtsdestoweniger als sehr ernst erscheine.

Allizé

ist endlich auch möglich, daß Unterstaatssekretär Zimmermann sich der Unterredung mit Schoen (18. Juli) nicht mehr erinnert, und daß man den Bericht Schoens vom gleichen Tage ignorierte. Aber darauf ist kein Verlaß. Es scheint mir deshalb nicht zu empfehlen, dem Auswärtigen Amt jede Kenntnis der österreichischen Note in Abrede zu stellen. Aber ebensowenig notwendig, des Berichtes Schoens Erwähnung zu tun, wenn nicht darnach gefragt wird.

Aber Euer Exzellenz werden dies alles am besten selbst ermessen, und ich bitte, meine Vorschläge nur meiner guten Absicht anzurechnen, die Sache möglichst glatt aus der Welt geschafft zu sehen.

Noch eines möchte ich bemerken: Es wird wohl darauf hinauslaufen, daß eine Richtigstellung in der Bayerischen Landeszeitung erscheint. Vielleicht senden mir Euer Exzellenz gleich mit der Antwort auf diesen Brief einen Entwurf einer solchen Erklärung, den ich im Auswärtigen Amt zur Sprache bringen kann.

In treuer Verehrung

Euer Exzellenz

treu ergebener

Graf Lerchenfeld

(Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, herausgegeben von Dr. P. Dirr. Dritte erweiterte Auflage. Verlag R. Oldenbourg, München und Berlin, S. 202f.)

Darauf erwiderte Graf Hertling:

München, den 11. Dezember 1914

Hochverehrter Freund!

Besten Dank für Ihren Brief vom 9. ds. Mts. und für die darin gegebenen wertvollen Anregungen. In der gleichen Angelegenheit war gestern Herr v. Treutler, der sich einige Tage hier aufgehalten hat, bei mir und erkundigte sich im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach dem Sachverhalt. Ich kann nur wiederholt erklären, daß es mir unerfindlich ist, wie die fragliche Bemerkung in das Gelbbuch gekommen sein mag, wenn nicht auch hier wieder eine absichtliche Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse vorliegt. Alles, was ich von dem zu erwartenden österreichischen Ultimatum wußte, beruhte auf dem Bericht des Herrn v. Schoen vom 18. Juli. Wie der Inhalt dieses Berichtes ergibt, war damals noch gar nicht gewiß, zu welchen Forderungen sich Österreich tatsächlich entschließen wird. Gleich eingangs heißt es in dem Bericht von der seitens der österreichisch-ungarischen Regierung „beabsichtigten Auseinandersetzung mit Serbien“; an einer späteren Stelle sind einige österreichische Forderungen angeführt, jedoch mit dem Beifügen „soweit bis jetzt feststeht“. Weiter findet sich der bemerkenswerte Vorbehalt, „ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn v. Zimmermann noch immer zweifelhaft.“

Daß ich bei so wenig bestimmten Mitteilungen über das Ultimatum Herrn Allizé gegenüber erklärt haben sollte, das Ultimatum sei mir bekannt, ist ganz ausgeschlossen. Auch die Hauptzüge des Ultimatus waren mir nicht bekannt, wie ein Vergleich der in dem Bericht des Herrn v. Schoen mitgeteilten voraussichtlich drei Forderungspunkten mit den tatsächlich zehn Punkten des Ultimatus ohne weiteres ergibt. Dazu kommt, daß mit das Wesentlichste des österreichischen Ultimatus dessen außergewöhnlich scharfe Fassung war, von der ich natürlich auch keine Kenntnis hatte.

Nach allem wäre ich in der Lage, mit gutem Gewissen die im Entwurf anliegende halbamtliche Erklärung veröffentlichen zu lassen, die dann gleichzeitig der „Norddeut-

schen Allgemeinen Zeitung“ und durch Wolff-Bureau in der Presse verbreitet werden könnte. Euer Exzellenz darf ich ergebenst ersuchen, hierüber alsbald mit dem Auswärtigen Amt ins Benehmen zu treten. Ich werde dann morgen Samstag, 12. Dezember, um 1 Uhr bei Ihnen antelephonieren, so daß im Falle des Einverständnisses des Auswärtigen Amtes die halbamtliche Erklärung noch morgen abend in die Staatszeitung kommen könnte.

Von dem Berichte des Herrn v. Schoen vom 18. Juli wird wohl dem Auswärtigen Amt gegenüber um so mehr Gebrauch gemacht werden können, als ich über denselben auch mit Herrn v. Treutler sprach, so daß das Auswärtige Amt auf diesem Wege wahrscheinlich davon Kenntnis hat.

Mit besten Grüßen

Euer Exzellenz ergebenster  
Hertling

(Bayerische Dokumente a. a. O. S. 203f.)

Die im Hertlingschen Schreiben angekündigte amtliche Erklärung erschien in der „Bayerischen Staatszeitung“ in folgender Form:

12. Dezember 1914

#### Das französische Gelbbuch und das österreichische Ultimatum an Serbien

Aus dem französischen Gelbbuch, das in seinem offiziellen Wortlaut hier noch nicht bekannt ist, haben französische und englische Zeitungen Auszüge gebracht, die auch in der deutschen Presse besprochen werden. In diesen Auszügen findet sich die Behauptung, daß der bayerischen Regierung das österreichische Ultimatum vor Überreichung der betreffenden Note an die serbische Regierung bekannt gewesen sei, oder, wie eine andere Lesart lautet, daß Staatsminister Graf v. Hertling am 23. Juli (dem Tag der Überreichung des Ultimatus) dem französischen Geschäftsträger Allizé in München gesagt habe, die österreichischen Forderungen seien ihm in ihren Hauptzügen bekannt und die Situation sei ernst.

Demgegenüber muß aufs bestimmteste festgestellt werden, daß die bayerische Regierung und der Staatsminister des K. Hauses und des Äußeren, Graf von Hertling, von den seitens der österreichisch-ungarischen Regierung an die serbische Regierung gestellten Forderungen erst durch die am 24. Juli erfolgte Veröffentlichung in der Presse Kenntnis erhielten, und daß der bayerischen Regierung wie auch dem Staatsminister Grafen von Hertling vorher weder der Wortlaut des Ultimatus, noch die seitens der österreichisch-ungarischen Regierung am 23. Juli gestellten Forderungen in ihren Hauptzügen bekannt waren.

Die oben genannten Behauptungen des französischen Gelbbuches entsprechen demnach nicht der Wahrheit; damit entfallen auch die Schlüsse, die daraus gezogen werden wollten.“

(Bayerische Dokumente a. a. O. S. 205.)